

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 30 g ,
für Versammlungsanzeigen 10 g pro Zeile.

Konferenz der Zentralinstanzen und der Gauleiter.

Zwar liegen sichere Anzeichen auf ein baldiges Kriegsende noch nicht vor; man könnte hingegen aus verschiedenen Vorgängen in der jüngsten Zeit eher auf das Gegenteil schließen. Dennoch gewinnt in immer weiteren Kreisen die Auffassung Raum, obwohl sie sich auf keinerlei Tatsachen zu stützen vermag, daß der allgemeine Frieden doch nicht allzu weit mehr entfernt sein kann. Man ist des Krieges überdrüssig. Die Gestaltung unseres künftigen Wirtschaftslebens beansprucht deshalb immer stärkeres Interesse. Vor allem die Übergangswirtschaft aus dem Krieg in den Friedenszustand beschäftigt seit langem weite Kreise. Die Fragen der Übergangswirtschaft sind auch für die Gewerkschaften von hoher Wichtigkeit. Ihre Entwicklung nach dem Kriege wird in sehr starkem Maße davon abhängen, welche Formen die Übergangswirtschaft erhält. Als eine Selbstverständlichkeit darf es deshalb angesehen werden, wenn sich die Gewerkschaften lebhaft dafür einsetzen, daß dabei in erster Linie die Arbeiterinteressen gebührend berücksichtigt werden. Dieser Aufgabe kann sich auch unser Zentralverband nicht entziehen. Schon in der Konferenz der Zentralinstanzen und der Gauleiter im November vorigen Jahres in Berlin war angeregt worden, daß sich in aller nächster Zeit eine neue Konferenz mit den Fragen der Übergangswirtschaft beschäftigen möge. Verbandsausschuß und Zentralvorstand hatten zugesagt, dieser Anregung baldigst zu entsprechen. Und da inzwischen noch eine Reihe anderer wichtiger Verbandsfragen brennend geworden war, wurde die gewünschte Konferenz auf den 28. und 29. Juni einberufen. Tagungsort war Leipzig.

Bei aller Bedeutung, die den Fragen der Übergangswirtschaft zukommt, war ihre Behandlung — was gleich vorweg bemerkt sein mag — doch überwiegend theoretischer Natur. Das ist durchaus erklärlich. Denn wiederum es an Vorarbeiten in dieser Hinsicht auf den verschiedensten Gebieten nicht gefehlt hat, läßt es sich doch gar nicht ablehnen, ob und inwieweit die gefertigten Entwürfe und Pläne jemals praktische Geltung erlangen werden. Weil eben alles von dem Ausgang des Krieges und der Art des Friedens abhängt, der geschlossen wird, lassen sich wohl gewisse Richtlinien aufstellen; allein es kann ihnen leicht widerfahren, daß sie außer Kurs gesetzt werden und neue an ihre Stelle treten müssen. Das erschwert selbstredend eine endgültige Stellungnahme, macht sie nahezu unmöglich. Von allem, was bisher in dieser Richtung hin geschehen ist, sei es durch die Generalkommission oder durch die einzelnen Organisationen, nahm die Konferenz Kenntnis. Auch von den Eingaben an die zuständigen Stellen, besonders aber von der Eingabe, die durch die Verbände der hantewerblichen Arbeiter an die in Frage kommenden Behörden gerichtet worden ist, worin vornehmlich die Notwendigkeiten dargelegt sind für eine Belebung des Bau- und Arbeitsmarktes, und die zugleich geeignete Vorschläge enthält zur Durchführung der darin geforderten Maßnahmen. In der Besprechung über diesen Punkt nahmen besonders die Arbeitsvermittlung, die Arbeitsbeschaffung sowie die Arbeitslosenfürsorge einen breiten Raum ein. Wenn die sehr ausführliche Debatte hierüber ein positives Ergebnis vermissen ließ, so liegt das in der Hauptsache daran, weil die Lösung aller dieser Fragen in erster Linie abhängig ist von den Grundfragen, nach welchen sich die Demobilisierung vollziehen wird. Im wesentlichen schloß sich die Konferenz dem Punkt III des neuen Aktionsprogramms der deutschen Sozialdemokratie an, worin von Staat und Gemeinden die planmäßige Organisation der Arbeitsvermittlung gefordert und ferner verlangt wird, daß Arbeiter und Angestellte nicht wegen Mangels an Arbeit länger bei der Fahne zurückbehalten werden dürfen, daß vielmehr allen entlassenen Mitgliedern auf mindestens einen Monat die bis dahin gewährten Unterstützungen weitergezahlt sind, und im übrigen Staat und Gemeinden für ausreichende Beschäftigung zu sorgen haben.

Ist das nicht möglich, so ist eine angemessene Arbeitslosenunterstützung aus Reichsmitteln zu gewähren.

So kam es ganz von selbst, daß sich das Bestreben der Konferenzteilnehmer in der Hauptsache darauf konzentrierte, wie nach dem Kriege am schnellsten der Wiederaufbau unseres Verbandes bewirkt werden könne. Allseitig wurde betont, daß hierzu alle erdenklichen Anstrengungen gemacht werden müßten. Zu dem Zwecke wurde eine weitere Aufrechterhaltung der Verbindung mit den im Felde stehenden Mitgliedern als dringend erwünscht bezeichnet und die Ermittlung der Adressen derjenigen eingezogenen Kameraden, mit denen die Zahlstellen zurzeit nicht mehr in Verkehr stehen. Auch die rascheste Wiedererrichtung der während des Krieges eingegangenen Zahlstellen wurde energisch befürwortet, wozu die notwendigen Maßnahmen schleunigst in Angriff genommen werden sollten. Soweit im übrigen die Zahlstellen mitzuwirken in der Lage sind an den Fragen der Übergangswirtschaft, wie an der Belebung des Bau- und Arbeitsmarktes, an der Arbeitsvermittlung usw. sollen sie natürlich keine Gelegenheit hierzu unbenutzt lassen.

Nächster Gegenstand der Besprechung waren die Tariffrage und die Teuerungszulagen. In mehreren Zahlstellen hat sich während des Krieges eine heftige Opposition gegen den Tarifvertrag bemerkbar gemacht, die auch durch die Gewährung von Teuerungszulagen nicht geringer geworden ist. Man erblickt in diesen Zahlstellen in dem Tarifvertrag ein Hemmnis für die weitere Fortentwicklung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Opposition ist noch bestärkt worden durch die Tarifpraxis während des Krieges und ferner durch die teils recht merkwürdigen Entscheidungen zahlreicher Schlichtungsausschüsse des Hilfsdienstgesetzes, und nicht zuletzt durch das Eingreifen einiger Kriegsamtstellen zugunsten der Arbeiter. Als Belege hierfür wurden einige Fälle solcher Art auf der Konferenz zur Sprache gebracht. Ein Hauptgrund zur Opposition ist jedoch die nahezu völlige Ausschaltung der Zahlstellen bei den Abschlüssen von Tarifverträgen. Es wird deshalb gefordert, daß künftighin den Zahlstellen eine größere, und zwar entscheidende Mitwirkung an dem Zustandekommen von Vereinbarungen einzuräumen ist. Der letzteren Forderung stimmte die Konferenz vollinhaltlich bei; sie konnte auch der Opposition eine Berechtigung keineswegs absprechen, gab aber im übrigen ihrer Ansicht dahin Ausdruck, daß es am zweckmäßigsten sein werde, den Standpunkt, den unser Verband bisher zu dem Tarifverträge eingenommen, auch für die Zukunft aufrechtzuerhalten: für Tarifverträge, nicht aber Tarifverträge um jeden Preis. Nachdrücklich wurde betont, daß wir unsere ganze Kraft nicht nur auf die Erhaltung des bisher Erreichten, sondern auch auf die Erreichung weiterer Fortschritte richten müßten. Was die Teuerungszulage anbelangt, so würden heute schon in vielen Zahlstellen dringliche Forderungen nach weiteren Zulagen erhoben. Das Arbeitslohn unserer Mitglieder sei ganz unzulänglich, der Lebensunterhalt damit nicht mehr zu bestreiten. Nicht nur für Lebensmittel müßten die höchsten Preise gezahlt werden, sondern erst recht für Kleidung und Schuhzeug. Ganz enorm gestiegen seien die Preise für Werkzeug, das in den allermeisten Gegenden Deutschlands die Zimmerer selber halten müßten. Die Lage unserer Kameraden werde mit jedem Tage unerträglicher, die Unzufriedenheit immer stärker. Man erwarte baldige Abhilfe durch die Organisation und verlange, daß diese ihren ganzen Einfluß geltend mache, damit schnellstens neue Verhandlungen anberaumt würden und eine entsprechende Lohnaufbesserung eintrete. Bis jetzt hätten sich die Zahlstellen darauf beschränkt, dahinzielende Anträge an einzelne Unternehmer sowohl als auch an den Zentralvorstand unseres Verbandes zu richten. Sollten diese unerfüllt bleiben, dann seien Konflikte nur schwer vermeidlich, da die Erbitterung in letzter Zeit einen geradezu bedrohlichen Charakter angenommen habe.

Anschließend besprach die Konferenz in ausgiebiger Weise die Grundlagen für eine Neuordnung des Beitrags-

und Unterstützungswesens in unserm Verbands, die durch die infolge des Krieges total veränderten Verhältnisse notwendig geworden ist. Hierzu lagen der Konferenz vom Verbandsausschuß und vom Zentralvorstand bereits vorher beratene Entwürfe vor. Danach sollen alle Unterstützungs-einrichtungen neuregelt und bis jetzt bestandene Ungleichheiten, besonders bei der Arbeitslosenunterstützung, möglichst beseitigt werden. Auf die Wiedergabe von Einzelheiten können wir einstweilen verzichten, da die Vorlagen später publiziert und zur öffentlichen Diskussion gestellt werden. Eine zweckentsprechende Ausgestaltung des Unterstützungs-wesens macht selbstredend auch eine neue Beitragsregelung notwendig. Diese Vorlage der Verbandsinstanzen begegnete jedoch einigem Widerspruch insofern, als die vorgeschlagene Erhöhung des Beitrages als zu stark bezeichnet wurde. Die Schwierigkeiten wären, so wurde betont, weniger groß gewesen, wenn von jeder Teuerungszulage ein Teil als beitragspflichtig bezeichnet worden wäre. Nachdem jedoch alle bisherigen Teuerungszulagen beitragsfrei geblieben, sei es nur schwer angängig, jetzt die gesamten Zulagen der Beitragspflicht zu unterstellen. Hier müsse ein Mittelweg gefunden werden, um einem allzu starken Widerstand im Verbands vorzubeugen. Die Verbandsinstanzen konnten sich den angeführten Gründen nicht gänzlich verschließen, weshalb eine nochmalige Revision der Beitragsvorlage zugesagt wurde, bei der nur ein Teil der Teuerungszulage auf den Grundlohn beziehungsweise auf den Beitrag in Anrechnung kommen soll. Dadurch wird jedoch auch eine Korrektur der Arbeitslosenunterstützungsvorlage erforderlich; die Mehrheit der Gauleiter gab dem Wunsche Ausdruck, daß an Stelle der reinen Arbeitslosenunterstützung eine Erwerbslosenunterstützung im Verbands eingeführt werden möge, die auch in agitatorischer Hinsicht mancherlei Erfolge verspreche. Mit dieser Anregung werden sich die Verbandsinstanzen befassen. Wird ihr beigegeben, dann werden der nächsten Konferenz entsprechende Vorlagen unterbreitet. Nach diesem Ergebnis der Generaldiskussion konnte die Konferenz auf eine spezielle Aussprache der Vorschläge verzichten. Es mag noch nachgetragen werden, daß auch einzelne Stimmen laut wurden, die angesichts der gänzlich unklaren Situation nach dem Kriege von jeder Forderung unserer Einrichtungen abrieten und sie einer späteren Zeit vorbehalten wissen wollten.

Hierauf folgte eine Aussprache über eine weitere Gewährung von Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer sowie über die Behandlung der aus dem Kriege heimkehrenden Verbandsmitglieder. Die Meinungen über die weitere Gewährung von Familienunterstützung waren geteilt; es blieb sonach den Verbandsinstanzen überlassen, hierüber zu gegebener Zeit eine Entscheidung herbeizuführen. Ueber die Behandlung der aus dem Kriege heimkehrenden Mitglieder gingen ebenfalls die Ansichten auseinander. Eine Anzahl Redner trat für ein gewisses Entgegenkommen an sie ein, schon aus agitatorischen wie auch aus andern Gründen; über die Form werde man sich später einigen können. Die Vertreter des Vorstandes befürworteten jedoch — und der Verbandsausschuß pflichtete ihnen bei — es dabei zu belassen, daß jedes Mitglied wieder in seine alten Rechte eintrete, das heißt, dort wieder einsetze, wo es bei seiner Eingliederung zum Heeresdienst aufgehört habe. Man könne diesen Standpunkt mit um so größerer Berechtigung vertreten, als durch die Neuordnung des Unterstützungswesens sich die Rechte aller Mitglieder, auch der zurzeit im Heeresdienst stehenden, erweitern, natürlich nur, soweit sie zum Bezuge von Arbeitslosenunterstützung berechtigt seien, das heißt, vor ihrem Eintritt zum Heeresdienst sechzig Wochenbeiträge geleistet hätten. Die endgültige Stellungnahme in dieser Frage bleibt ebenfalls den Verbandsinstanzen vorbehalten.

Die Gauleiter wurden hierauf noch unterrichtet über mit dem Deutschen Polierbund geführte Verhandlungen, den Abschluß eines Kartellvertrages betreffend. Der Vertrag lag den Konferenzteilnehmern im Wortlaut vor. Er ist bereits durch den Polierbund sowie den Deutschen Bau-

arbeiterverband und den Zentralverband christlicher Bauarbeiter anerkannt. Ausschuß und Vorstand unseres Verbandes haben sich dahin geeinigt, den Vertrag der nächsten Generalversammlung zur eventuellen Genehmigung zu unterbreiten. Von der geplanten Aktion des Polierbundes zur Durchführung von Mindestlöhnen für Poliere, Postengesellen und Vorarbeiter wurde der Konferenz gleichfalls Kenntnis gegeben.

Wohl mit der wichtigste Punkt der Tagesordnung der Konferenz war der letzte: Soll eine Generalversammlung unseres Verbandes stattfinden? Seit der letzten Generalversammlung im Jahre 1913 sind mehr als fünf Jahre verstrichen. Schon oft während des Krieges ist die Frage aufgeworfen worden, ob sich ein noch längeres Hinausschieben der Generalversammlung empfehle. Bisher konnte jedoch von ihrer Einberufung abgesehen werden, weil zwingende Gründe dazu eigentlich nicht vorlagen und auch aus dem Verbands selbst ein dahingehendes Verlangen ernstlich nicht gestellt wurde. Die jetzt in Vorbereitung befindliche Neuordnung unseres Beitrags- und Unterstützungswesens macht jedoch allein schon eine Generalversammlung notwendig. Deshalb haben sich Ausschuß und Vorstand dahin verständigt, falls nicht unvorhergesehene Umstände eintreten, die eine frühere Einberufung notwendig machen, sie für das nächste Frühjahr in Aussicht zu nehmen. Die Debatte über diesen Punkt war eine äußerst rege. Auch die Steuerungsulagenbewegung sowie der Ablauf des Tarifvertrages wurden in den Kreis der Erörterungen einbezogen. Die Mehrheit der Konferenzteilnehmer trat auf die Seite der Verbandsinstanzen und entschied sich für die Abhaltung einer Generalversammlung im Frühjahr 1919, falls nicht wichtige Vorgänge eine frühere Einberufung bedingten. Allerdings werde das jetzige Reglement für die Delegiertenwahl zur Generalversammlung wohl nicht in Anwendung kommen können, vielmehr müßten den heutigen Zahlstellen- und Mitgliederverhältnissen entsprechende Korrekturen vorgenommen werden.

Mit Erledigung dieses Punktes war die Tagesordnung der Konferenz erschöpft. Zum Schluß wurden noch Mitteilungen geschäftlicher Natur gemacht sowie einige Anfragen aus der Konferenz erledigt.

Resultat der Feststellungen des Mitgliederbestandes in den Zahlstellen vom 29. Juni 1918.

711 Zahlstellen haben die Karte Nr. 12 für den 29. Juni eingekandt; sie weisen einen Mitgliederbestand nach von zusammen 60 500. Hiervon sind seit Ausbruch des Krieges bis zum 29. Juni 40 973 oder 67,72 pZt. zum Militär eingezogen. Als gefallen gemeldet waren bis zum 8. Juli 3885 Mitglieder. Arbeitslos waren am 29. Juni 30 Mitglieder, dagegen standen 19 089 Mitglieder in Arbeit und 408 Mitglieder waren krank.

Nach Abzug der zum Militär Eingezogenen von der Gesamtzahl der nachgewiesenen Mitglieder verbleibt ein Bestand von 19 527 Mitgliedern. Hiervon waren arbeitslos 0,15 pZt., krank 2,09 pZt. und in Arbeit standen 97,76 pZt. 27 Mitglieder waren zur Annahme von Arbeit nach auswärts bereit. Den Stand in den einzelnen Provinzen und Bundesstaaten veranschaulicht diese Tabelle:

Provinzen oder Bundesstaaten	Anzahl der an den Fest- stellungen betheiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind					Zur Arbeit nach auswärts bereit
	Beifließen	Mitglieder	zum Militäre eingezogen	arbeitslos	in Arbeit	krank		
1	2	3	4	5	6	7	8	
Ostpreußen	15	1181	774	—	348	9	15	
Westpreußen	13	1488	974	—	500	9	—	
Brandenburg	70	5948	3481	12	2422	33	—	
Pommern	45	1582	1079	1	494	8	—	
Posen	16	482	300	—	182	—	—	
Schlesien	51	4357	3129	5	1198	25	—	
Sachsen	62	4543	2768	—	1755	20	1	
Schleswig-Holstein	49	2422	1712	—	695	15	—	
Hannover	48	2404	1715	1	676	12	—	
Westfalen	23	1266	980	—	281	5	—	
Hessen-Nassau	17	2405	1749	—	647	9	—	
Rheinland	17	2708	1630	2	1059	15	—	
Preußen	426	30679	20291	21	10207	160	16	
Bayern	51	4147	2697	—	1424	26	10	
(Rheinpfalz)	4	371	205	—	159	7	—	
Sachsen	59	11639	8359	6	3183	91	1	
Württemberg	10	1388	983	—	399	6	—	
Baden	5	721	516	—	198	7	—	
Hessen	7	687	443	1	240	3	—	
Mecklenburg-Schwerin	48	1504	916	1	574	13	—	
Sachsen-Weimar	11	831	614	—	212	5	—	
Mecklenburg-Strelitz	8	255	155	—	95	5	—	
Oldenburg	10	682	531	—	147	4	—	
Braunschweig	12	495	314	1	174	6	—	
Sachsen-Meiningen	8	389	319	—	68	2	—	
„ „								

Bundesstaaten	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind					Zur Arbeit nach auswärts bereit
	Zahlstellen	Mitglieder	zum Militär eingezogen	arbeitslos	in Arbeit	krank		
1	2	3	4	5	6	7	8	
Schwarzburg-Sondersh.	2	107	77	—	28	2	—	
„Rudolstadt	6	194	160	—	33	1	—	
Waldeck	2	25	24	—	1	—	—	
Reuß ä. L. (Greiz)	2	110	103	—	7	—	—	
„j. L. (Gera)	3	240	178	—	61	1	—	
Schaumburg-Lippe	3	81	62	—	18	1	—	
Lippe-Deilmold	3	46	43	—	3	—	—	
Lübeck	2	403	246	—	150	7	—	
Bremen	1	1217	792	—	414	11	—	
Hamburg	3	2684	1798	—	856	30	—	
Elb-Lothringen	1	122	89	—	33	—	—	
Deutsches Reich	711	60500	40973	30	19089	408	27	

Von dem Zahlstellen- und Mitgliederbestande vor dem Kriege (819 Zahlstellen, 62 678 Mitglieder) wurden durch die Feststellungen am 29. Juni erfasst 86,81 pZt. der Zahlstellen und 96,53 pZt. der Mitglieder.

Nachstehend aufgeführte Zahlstellen haben das Ergebnis der Feststellungen für den 29. Juni nicht oder zu spät eingekandt. Die zu spät berichtet haben, sind durch einen Stern (*) kenntlich gemacht.

Brandenburg: Fürstenwalde, Gransee, *Lübben-Steinfirch.

Pommern: Bönitz.

Schlesien: Brieg, Gundsels, Militsch, Reichenbach.

Provinz Sachsen: Calbe, *Halberstadt, Staßfurt, Stendal.

Schleswig-Holstein: Althausfleth.

Hannover: Emden, Lehe-Geestemünde.

Rheinland: Duisburg.

Rheinpfalz: Landau.

Württemberg: Nürtingen, *Lüdingen, Tuttingen.

Baden: Freiburg, *Karlsruhe.

Mecklenburg-Schwerin: Hagenow, *Wismar.

Mecklenburg-Strelitz: Miron.

Braunschweig: Bad Harzburg.

Anhalt: Zerbst.

Hamburg: Bergedorf.

Elb-Lothringen: Straßburg.

Die Karte Nr. 11 für den 15. Juni ist, nachdem das Resultat der Feststellungen für die Veröffentlichung im „Zimmerer“ Nr. 26 zusammengestellt war, noch aus 14 Zahlstellen eingegangen, die insgesamt 782 Mitglieder nachweisen. Davon waren zum Militär eingezogen 534, arbeitslos 1, krank 4, und 243 Mitglieder standen in Arbeit.

Das Enderesultat für den 15. Juni stellt sich demnach wie folgt: 727 Zahlstellen haben die Karte Nr. 11 eingekandt; sie weisen einen Mitgliederbestand nach von zusammen 62 523. Hiervon waren seit Ausbruch des Krieges bis 15. Juni 42 042 zum Militär eingezogen; arbeitslos waren am 15. Juni 36; dagegen standen 20 023 Mitglieder in Arbeit, und 417 waren krank. 41 Mitglieder waren zur Annahme von Arbeit nach auswärts bereit. Nach Abzug der zum Militär Eingezogenen konnten mithin die berichtenden Zahlstellen noch einen Mitgliederbestand von zusammen 20 481 nachweisen.

Der Termin der nächsten Feststellungen ist Sonnabend, 13. Juli. An diesem Tage ist die Karte Nr. 13 auszufüllen und sofort einzusenden.

Warum nicht endlich Taten statt Worte?

Präsident Wilson setzt anscheinend seinen Ehrgeiz in das Halten vieler Reden. Seine ersten Uebungen auf diesem Gebiete nahm man ernst, weil man meinte, er stehe zu seinen Worten. Als sich dann jedoch herausstellte, daß auch bei ihm der alte diplomatische Kniff Geltung hat, nach welchem die Sprache als Mittel zur Verbergung der Gedanken dienen soll, als die Zahl seiner Reden rasch answuchs und die eine auf die andere aufbaute, die andere auf seiner gestellt war, als sich zeigte, daß keiner so oft von Gerechtigkeit sprach wie er, und doch keiner so konsequent jede sich bietende Gelegenheit, Gerechtigkeit zu üben, unbenuzt vorbeistreichend ließ wie er, da sank die Bewertung seiner Reden unter den Nullpunkt, so daß selbst sein kürzlich gepredigtes „Gewalt, Gewalt und nochmals Gewalt bis ans Ende“ (gegen Deutschland) keinen Eindruck mehr gemacht hat.

Dieser Tage hat nun Wilson wieder öffentlich geredet. Er benutzte dazu den Gedanktag an den vor hundert Jahren erfolgten Tod des ersten nordamerikanischen Präsidenten George Washington. Es konnte nicht bequem sein, bei dieser Gelegenheit die Bundesfreundschaft zu England zu betonen; denn gerade Washington hatte einen langen und erbitterten Krieg gegen England zu führen gehabt, weil dieses die Unabhängigkeit Nordamerikas nicht hatte anerkennen wollen. Im April 1778 hatte Washington im Konvent erklärt: „Die uns von der britischen Nation widerfahrenen Unbilden waren so wenig herausgefordert und sind so mannigfaltig, daß sie nie vergessen werden

können.“ Und im Jahre darauf, 1779, hatte der damalige Gouverneur von Virginien und nachmalige Präsident der Vereinigten Staaten Jefferson über England geschrieben: „Wir stimmen der Meinung zu, daß Englands Regierung völlig unmoralisch, unerträglich, anmaßend, von Eitelkeit und Ehrgeiz aufgeblasen, nach der alleinigen Herrschaft zur See strebend, in Bestechlichkeit und tiefwurzelndem Haß gegen uns versunken, jeder Freiheit, wo immer sie ihr Haupt erhebt, feindselig gesinnt und der ewige Störenfried des Weltfriedens ist.“

Wilson glaubte, den Gegensatz zwischen heute und damals durch die Behauptung überbrücken zu können, England habe inzwischen die damalige „Revolte“ Amerikas als eine völkerverfreiende Tat anerkannt, die Regierungen der Mittelmächte wollten dagegen „nur ihren eigenen selbstfüchtigen Ehrgeiz befriedigen“, und sie seien „mit einer primitiven Macht bekleidet, die aus Zeiten stammt, die uns vollkommen fremd und feindlich geworden sind“. Das ist schon richtig, trifft aber auf alle monarchischen Staaten Europas zu, ist also keine Sondereigenschaft Deutschlands, wie Wilson meint. Im weiteren Verlauf seiner Rede äußerte Wilson, Vergangenheit und Gegenwart seien in einen Kampf auf Leben und Tod verwickelt; das Ergebnis müsse endgültig sein; er würde keinen Vergleich, keine halbe Entscheidung dulden können; die Entente kämpfe für folgende Ziele, die verwirklicht sein müßten, ehe Frieden werden könne:

1. Vernichtung jeder Willkür und Macht, die für sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören kann. Und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens ihre Herabdrückung zu tatsächlicher Machtlosigkeit.

2. Regelung aller Fragen, sowohl der territorialen wie der Souveränitätsfragen, der wirtschaftlichen wie der politischen Fragen auf der Grundlage einer freien Annahme dieser Regelung durch das Volk, das unmittelbar dabei betroffen ist; nicht aber auf der Grundlage eines materiellen Interesses oder Vorteils irgendeines andern Volkes, das eine andere Regelung zur Ausbreitung seines Einflusses oder seiner Herrschaft wünscht.

3. Einwilligung aller Völker, in ihren Verhältnissen zueinander sich von denselben Grundsätzen der Ehre und der Achtung von dem Gewohnheitsrecht der zivilisierten Gesellschaft leiten zu lassen, wie sie für die einzelnen Bürger moderner Staaten gelten, dergestalt, daß alle Versprechungen und Verträge gewissenhaft beobachtet, daß keine Sonderanschläge und Verschwörungen angezettelt werden und daß wechselseitiges Vertrauen geschaffen wird auf der Grundlage wechselseitiger Achtung vor dem Recht.

4. Schaffung einer Friedensorganisation, die verbürgt, daß die gesamte Macht der freien Nationen jede Rechtsverletzung verhüten wird und die ein Schiedsgericht einrichtet, dem alle internationalen Gegensätze unterbreitet werden sollen.

Wilson schloß mit dem Satz: „Diese großen Ziele können wir in einem Gedanken zusammenfassen: wir streben nach der Herrschaft des Rechts, gegründet auf die Zustimmung der Regierten und gestützt durch die organisierte Meinung der Menschheit.“

Unschwer könnten bedenkliche Unklarheiten, Halbheiten und Widersprüche auch in dieser Rede nachgewiesen werden. Was soll beispielsweise die „organisierte Meinung der Menschheit“ sein? Oder wie sollen diese vier Forderungen verwirklicht werden, ehe der Frieden kommt? Oder wie will Wilson vorher „jede Willkür unterdrücken“? Was soll „tatsächliche Machtlosigkeit“ bedeuten? Was ist „Gewohnheitsrecht der zivilisierten Gesellschaft“? Wie sollen „alle territorialen und Souveränitätsfragen“ geregelt werden, ehe es zu Friedensverhandlungen kommt? So setzt sich die ganze Rede aus schönklingenden Phrasen zusammen, hinter denen entweder überhaupt kein tieferer Sinn steckt oder die von jedem nach Gutdünken anders ausgelegt werden können. Nehmen wir das Wortgeklingel an, wie es sich auf den ersten Blick gibt, so enthalten die vier Punkte nichts, was grundsätzlich abzulehnen wäre. Mehrfach fallen die vier Punkte mit dem Weihnachtsprogramm Wilsons zusammen. Damals erklärte er, wenn die Mittelmächte sein Kriegszielprogramm anerkennen würden, dann stehe dem Friedensschluß nichts mehr im Wege. Hertling hat darauf in Reichstags alle sieben Punkte des Wilsonschen Programms einzeln durchgesprochen und versichert, er sei mit ihnen einverstanden und bereit, auf dieser Grundlage in Verhandlungen einzutreten. Und was geschah? Wilson blieb mühsam still und nahm von Hertlings Zusage überhaupt keine Notiz. Da darf sich der Großherr von Nordamerika wirklich nicht beschweren, wenn man seine Reden nicht mehr ernst nimmt.

Wie die Rede Wilsons, die anscheinend für alle Völker gleiche Rechte fordert, zu verstehen ist, ergibt ein Ausspruch des englischen Munitionministers Churchill, der an gleichen Tage wie Wilson in einer Festversammlung in Westminster äußerte, der gegenwärtige Krieg sei ein Kampf zwischen Zivilisation und wissenschaftlicher Barbarei, zwischen Staaten, wo die Völker Regierungen besitzen und

Staaten, wo die Regierungen die Völker besitzen. Deutschland müsse so geschlagen werden, daß es wisse, es sei geschlagen. Kein Friede ohne Sieg, kein Kompromiß!

Mit volstem Rechte nennt der französische Genosse Mistral solche Reden in der „Humanité“ eine traurige Komödie. Er weist darauf hin, daß gegenwärtig alle kriegsführenden Staaten sich bereit erklären, ernste Friedensvorschläge zu prüfen, daß aber jeder die Vorschläge des andern als falsch hinstellt. Werde dieses Versteckspiel noch lange dauern? Da alle Regierenden über die Friedensbedingungen sprechen wollen, warum schreite man da nicht endlich zur Tat? — Meinlich schreibt Joger im „Journal du Peuple“, später werde man daran denken, daß Ende Juni 1918 die Gelegenheit zum Friedensschluß besonders günstig gewesen sei. Ein Schimmer von Vernunft habe da durchbrechen wollen, und verschiedene Stimmen hätten geraten, sich nicht mehr jedem Friedensangebot zu verschließen. Man habe eingesehen, daß man nicht in eine Falle gehen und Frankreich mit seinen Verbündeten zu verraten brauche, wenn man mit dem Feinde über Friedensbedingungen spreche.

Es ist hocherfreulich, daß auch in der französischen Arbeiterwelt jetzt solche Stimmen laut werden. Hätten sie schon vor Jahresfrist sich erhoben und wäre Stockholm von Vertretern aller kriegsführenden Staaten besucht worden, dann wären wir schon längst ans Ende des Menschenmordens gelangt. Täglich müßte in allen Ländern den Regierungen zugeschrien werden: „Ihr wollt alle den Frieden, aber ihr sucht nicht, ihn zu finden. Schreitet endlich vom Worte zur Tat!“

Verbrauchswirtschaft im Kriege.

Die Erhöhung der Getreidepreise. Die verheißenen Genüsse, die einen Ausgleich für die Verkürzung der Brotration bringen sollten, sind zwar vorläufig ausgeblieben; denn trotz allen Aufwandes an Papier und Druckerwärme merken die städtischen Verbraucher bisher nichts von Frühlings- und Obst. Wohl aber eröffnet sich dem Konsumenten die Aussicht auf eine abnormale Verteuerung der Lebenshaltung durch die Heraufsetzung des Getreidepreises, der sicher andere Preiserhöhungen folgen werden. Schon jetzt finden sich Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung“, nachdem vorher die Notwendigkeit der Preiserhöhung damit begründet wurde, daß der Anbau von Getreide, namentlich Weizen, einen weit höheren Ertrag brächte als der Getreidebau, die darzulegen versuchen, daß die Weizenpreise viel zu niedrig sind im Verhältnis zu den Anbaukosten. So wird denn das liebliche Spiel weitergehen, und abwechselnd müssen die Getreidepreise der Getreidepreise wegen erhöht werden, und dann wieder umgekehrt. Automatisch folgen dann die Viehpreise und diejenigen für Milch und Butter; ein Ende ist gar nicht abzusehen; denn gegenüber der Landwirtschaft steht die Regierung auf dem Standpunkt, daß bei der Preisermessung der gesunkene Geldwert berücksichtigt werden müsse, das heißt, die Regierung trägt durch ihre Zustimmung zu immer neuen Preiserhöhungen selber zur Entwertung des Geldes bei, ohne aber die Verpflichtung zu fühlen, die Verbraucher gegen die Wirkungen der Senkung des Geldwertes zu schützen. Wenn die Schwierigkeiten der Landbestellung immer größer werden, was auch die Verbraucher nicht bestreiten, so ersehe man einmal den Anreiz durch Gewährung immer höherer Preise durch die Produktionsförderung durch genügende Stellung von Arbeitskräften, Beschaffung von Düngemitteln, Saatgut, wie es der Kriegsausgleich für Konsumenteninteressen auch in seinen Vorschlägen für den Wirtschaftsplan für 1918/19 forderte.

Wenn gewissermaßen zur Entschuldigung in der amtlichen Begründung der Preiserhöhung gesagt wird, daß die Heraufsetzung des Preises noch hinter der Steigerung der Produktionskosten des letzten Jahres und der Senkung des Geldwertes zurückbleibt, so ist es wohl erlaubt, darauf hinzuweisen, daß die Bezüge, namentlich der Beamten, ferner eines großen Teiles der Arbeiter, der Privatangestellten, der Kriegerfrauen, der Rentenempfänger, ganz gewaltig hinter der Geldentwertung zurückbleiben. Diese Preise gehören doch aber auch zum deutschen Volke und verlangen deshalb mit Recht, daß man ihre Interessen und ihre Bedürfnisse nicht ganz außer acht läßt.

Was uns das System Rösche bringen würde. Da die Verbraucher und glücklicherweise auch die für die Volksernährung verantwortlichen Stellen alle Experimente mit dem freien Handel, mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft ablehnen, weil die Zeit der Knappheit die ungeeignetste für so gefährliche Versuche ist, wird von der „Deutschen Tageszeitung“ und ihr verwandten Blättern immer wieder auf die guten Erfahrungen mit der größeren Freiheit in Oesterreich-Ungarn hingewiesen, und neuerdings preist man besonders laut das „belgische System“. Man verschweigt aber geistlich alle Nachrichten über die Lage der Verbraucher in diesen freiheitlichen Ländern.

Wie es in Oesterreich-Ungarn in Wirklichkeit aussieht, das haben wir ja jetzt durch die Nachrichten über die Gerabsetzung der Brotration in Wien erfahren. Sehr lehrreich ist aber auch, was der Beirat des Reichskommissariats für das Wirtschaftsgebiet Westböhmen in einer Eingabe an die Statthalterei in Prag schreibt:

„Mit Verordnung der R. R. Statthalterei in Prag vom 12. Mai 1918 wurde in Böhmen der Einkauf von Schweinen grundsätzlich freigegeben. Waren die im Fleischverkehr bisher gezahlten Preise schon ungewöhnlich hoch und überstiegen die amtlich festgesetzten Höchstpreise regelmäßig, so ist, seitdem die Freigabe des Verkehrs mit Schweinefleisch erfolgte, eine geradezu auffallende, sprunghafte Steigerung der Schweinefleischpreise zu verzeichnen, deren Ende bisher noch gar nicht abzusehen ist.“

Während vor dieser Freigabe Schweinefleisch gewöhnlich zwar nicht zum amtlichen Höchstpreis, immerhin jedoch um

einen Betrag von 15—17 Kronen für ein Kilogramm gekauft werden konnte, stiegen die Preise fast unmittelbar nach Freigabe des Verkehrs sofort weit über 20 Kronen und schon in den nächsten Tagen darauf über 30 und später über 40 Kronen. Jetzt wird für Schweinefleisch pro Kilogramm ein Betrag von 44—50 Kronen, für Schinken im rohen Zustande bis 60 Kronen verlangt. Diese Erscheinung ist wohl der deutlichste Beweis dafür, daß die Freigabe des Handels mit den notwendigen Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln in der jetzigen Zeit der außerordentlichen Verhältnisse nicht geeignet ist, die Preise zu verbilligen, sondern im Gegenteil zu ganz außerordentlichen Preiserhöhungen führt, so daß vor einer Wiederholung dieses Experimentes nicht dringend genug gewarnt werden kann.“

Und in Belgien sieht es nicht anders aus! Im Juni 1918 wird dem „Vorwärts“ geschrieben: „Brüssel ist ein teures Pflaster geworden; ein sehr teures. Indes gibt es keinen der herkömmlichen Wünsche, der sich hier nicht befriedigen ließe. Nur Geld muß man, wie gesagt, imbeutel haben. Die Schaufenster der Schlächtereien strotzen von Lederbissen. Mit Interesse lese ich die angegebenen Preise: Ein Pfund Wurst M 10, ein Pfund Schinken M 12, ein Ei 80 s, ein Pfund Butter M 12. Alles sündhaft teuer, aber vorhanden ist alles. In den Schaufenstern der Schuhgeschäfte noch horrendere Ziffern. Ein Paar Schnürstiefel, wie man sie vor dem Kriege mit M 15 bis M 20 bezahlte, kosten jetzt M 100 bis M 150. So die Preise, nicht etwa, daß es um den Rest der Ware ginge. Durchaus nicht. Es wird eben gefordert. ... Das ist das Paradies, in das uns die „freie“ Landwirtschaft und der „freie“ Handel bringen wollen!“

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Verbandsstatuten.

Den Zahlstellenleitungen hierdurch zur Kenntnis, daß eine Neuauflage der Verbandsstatuten angefertigt ist. Der Bedarf an Verbandsstatuten kann daher wieder gedeckt werden. Die Zahlstellenleitungen werden gebeten, die erforderlichen Bestellungen beim Zentralvorstand aufzugeben.

Beitragsleistung.

Die Woche vom 8. Juli bis 14. Juli ist die 20. Beitragswoche

"	"	15.	"	21.	"	"	21.
"	"	22.	"	28.	"	"	22.
"	"	29.	"	4. Aug.	"	"	23.

Der Zentralvorstand.

Quittung.

In der Zeit vom 1. bis 30. Juni gingen folgende Beträge beim Unterzeichneten für die Zentralkasse ein: Aus Aachen M 48,35, Arnstadt 81,30, Augsburg 3,50, Bad Sachsa 8,65, Bergen a. N. 30, Borna 142,35, Brandenburg 206,60, Braunschweig 200, Bremen 3559,30, Bremerbörbe 13,40, Brunschwagen 8,45, Cammer 52,20, Celle 210, Chemnitz 800, Coburg 148,75, Düsseldorf 1000, Fürstentum 30,90, Freudenstadt 38,20, Garbelegen 49,30, Goldberg i. M. 107,80, Goldberg i. Schl. 10, Grünberg i. Schl. 490,95, Hagendorf 117,40, Halle 219,65, Hamburg 2414, Hannover 484,77, Heilbronn — 40, Helmstedt 73,30, Herbsleben 19,80, Holzkirchen 9,20, Karlsruhe 243,65, Rattowitz 800, Rülz 10,20, Königsblut 119,15, Krafow 30,40, Krügelin 28,60, Laage 44,40, Lahn 15,90, Landesgut i. Schl. 67,65, Langenbielau 64,15, Lauban 6,10, Lauenburg i. P. 58,50, Lehe-Geestmünde 3,50, Liebenwerda 21,55, Loitz 144,50, Löwenberg 72,35, Lübeck 500, Luda 44,75, Magdeburg 700, Mainz 200, Malchow 33,90, Marienburg 205,30, Markflisa 37,70, Meß 229,95, Riesa 42,20, Mühlhausen i. Th. 89,80, München 3014, Neubrandenburg 124,20, Neustadt a. d. O. 65, Rienburg a. d. W. 112,40, Nordham 72,50, Nordhausen 188,10, Nürnberg 707,70, Oldenburg 200, Plaue i. M. 81,70, Posen 200, Potsdam 495,45, Pyritz 45,45, Rakeburg 40,35, Reichenbach i. W. 100, Röbel 92,95, Roth 72,15, Regenwalde 17,60, Saalfeld 11, Saarbrücken 22,60, Seeb 133,80, Senftenberg 910, Schneidemühl 174, Schwedt 160,60, Schmölln 294, Stettin 500, Waren 73,25, Webel 84,65, Weisenburg 26,30, Weiskasser 9, Wittingen — 18, Worms 250, Einzelzahler der Hauptkasse 155,45, Zinsen 2075,10, Diverse 131,22.

Andersien der Hauptkasse in Rechnung gestellten Belegen gingen ein: Aus Bremen M 138,35, Chemnitz 425, Elbing 40, Hannover 585, Nürnberg 370.

An Quittungen über Arbeitslosenunterstützung im Mai gingen ein: Aus Altenfittenbach M 48, Bromberg 42, Chemnitz 23, Danzig 16, Delmenhorst 18, Hamburg 299, Lauban 9, Meerane 7, Meß 7,50, Thron 3,50.

Arbeitslosenunterstützungen wurden im Mai nach den eingegangenen Quittungen ausbezahlt:

4 Tage à 100 s	= M.	4,—
6 " à 125 "	"	7,50
46 " à 150 "	"	69,—
30 " à 175 "	"	52,50
170 " à 200 "	"	340,—
256 Tage	= M.	473,—

Adolf Römer, Kassierer.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau 9 (Leipzig).

Am 8. Juli ist der Gauleitung ein Brief ohne Unterschrift zugegangen, worin die Gauleitung ersucht wird, Schritte zu unternehmen, damit die Auslösung der Beitragsleistungen entsprechend erhöht wird. Die Gauleitung ist gewillt, dem Ersuchen so schnell wie irgend möglich Nach-

nung zu tragen. Notwendig ist aber, daß vorher Name und Baustelle genannt werden. Gleichzeitig werden die Namenrauen ersucht, die von Leipziger Firmen auswärts arbeiten, unverzüglich mitzuteilen, welche Auslösung sie zurzeit erhalten.

Unsere Lohnbewegungen.

Vereinbarungen in Lanta bei Senftenberg. Die Differenzen wegen der dritten Feuerungszulage in Lanta, über die wir wiederholt, zuletzt in Nr. 17 des „Zimmerer“, berichteten, sind nunmehr behoben. Es ist folgende Vereinbarung getroffen:

Zwischen der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron, Frankfurt a. M., und der Metallbank- und Metallurgischen Gesellschaft Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M., namens der von diesen bestellten und etwa noch zu bestellenden Bauunternehmerfirmen (Arbeitgeber) einerseits und dem Zweigverein des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Senftenberg und der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands für Senftenberg andererseits ist der folgende

Nachtrag.

zu dem zwischen den gleichen Parteien am 19./20. Juni 1917 abgeschlossenen Tarifvertrag vereinbart worden:

§ 1.

Der Geltungsbereich dieses Nachtragsvertrages ist derselbe wie der des Tarifvertrages vom 19./20. Juni 1917. (Vergleiche § 1 dieses Vertrages.)

§ 2.

Zu den im § 4 des eben genannten Tarifvertrages festgesetzten Arbeitslöhnen wird vom 1. April 1918 ab eine Kriegsteuerungszulage gezahlt, welche 10 s für die Arbeitsstunde beträgt.

Diese Feuerungszulage wird allen im § 4 des Tarifvertrages vom 19./20. Juni 1917 genannten Arbeitern gezahlt.

§ 3.

Der zwischen den Parteien geschlossene Tarifvertrag vom 19./20. Juni 1917 verlängert sich bis zum 31. März 1919.

§ 4.

Gelegentlich des letzten Tarifabkommens im Baugewerbe vom 29. November 1917 zwischen dem Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und dem Deutschen Bauarbeiterverband und dem Zentralverband der Zimmerer Deutschlands ist vereinbart worden, daß, falls eine wesentliche Veränderung der Preise für den Lebensunterhalt vom Juli bis Oktober 1918 eintreten sollte, auf Antrag einer der vertragsschließenden Parteien nach dem 1. Oktober 1918 Verhandlungen über die Erhöhung oder Herabsetzung der Feuerungszulage zulässig sein sollen und das Reichswirtschaftsamt über den bei ihm zu stellenden Antrag endgültig entscheiden soll. Sollte das Reichswirtschaftsamt hiernach eine Erhöhung oder Herabsetzung der Kriegsteuerungszulagen im Baugewerbe bestimmen, so soll diese Entscheidung auch für die tariflichen Abkommen der unterzeichneten Vertragsparteien Geltung haben. Für den Fall einer solchen Erhöhung der Kriegsteuerungszulage behalten sich die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron und die Metallbank- und Metallurgische Gesellschaft Aktiengesellschaft jedoch das Recht vor, die in § 10 Absatz 6 des zwischen den Parteien geschlossenen Tarifvertrages vom 19./20. Juni 1917 festgesetzten Sätze für die Verpflegung bis zu 25 pSt. der durch die weitere Lohnerhöhung sich ergebenden zehnstündigen Arbeitsmehreinnahme zu erhöhen.

Griesheim und Frankfurt a. M., den 11. Juni 1918.

Für die Arbeitgeber:

Chemische Fabrik Griesheim-Elektron.

(gez.) Name unleserlich. (gez.) Name unleserlich.

Metallbank- u. Metallurgische Gesellschaft Aktiengesellschaft.

(gez.) Name unleserlich. (gez.) Name unleserlich.

Für den Zweigverein des Deutschen Bauarbeiterverbandes

in Senftenberg:

(gez.) Max Dahlbauer, Vorsitzender.

(gez.) Otto Lehmann, Bezirksleiter.

Für die Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer

Deutschlands in Senftenberg:

(gez.) Christian Fink, Vorsitzender.

(gez.) Reinhard Köhler, Gauleiter.

Berichte aus den Zahlstellen.

Gelsenkirchen. Unsere Mitgliederversammlung fand am 7. Juli statt. Auf der Tagesordnung stand: Abrechnung vom zweiten Quartal, Kartellbericht und Verschiedenes. Der Kassierer verlas die Abrechnung. Die Gesamteinnahme der Zentralkasse beträgt M 77,50 und die Ausgabe ebensoviel. Die Gesamteinnahme der Lokalkasse beträgt M 32,55, die Ausgabe M 28,19, bleibt ein Kassensbestand von M 8,64. Dann berichtete der Kartellbeauftragte, daß die letzte Sitzung am 17. Juni stattfand, wo ein Vortrag über die Volksfürsorge gehalten und dieselbe empfohlen wurde. Zum Schluß wurde vom Vorsitzenden das Fernbleiben einiger Kameraden aus der Versammlung scharf kritisiert. Die nächsten Versammlungen am ersten Sonntag im Monat abzuhalten, wurde einstimmig angenommen.

Kiel. Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung fand am Dienstag, 18. Juni, statt. An Stelle des so unerwartet schnell nach nur kurzer Krankheit verstorbenen zweiten Vorsitzenden Heinrich Baars wählte die Versammlung Kamerad Eduard Untiedt, der die Kassengeschäfte der Zahlstelle in der Zeit der Einberufung unseres Lokalbeamten geführt hat. Die Frühjahrssagitation ist auch in Kiel mit Erfolg betrieben worden. Im April wurde sie eingeleitet mit einer Erhebung betriebs- Organisations-, Arbeits- und Lohnverhältnisse. Der Mitgliederbestand beträgt nunmehr 390, und zwar in Kiel 350, Preetz 27, Bordesholm 11 und Loohe 2. In Kiel wurden 32 Baubetriebe ermittelt, wo 170 Mitglieder und 15 Unorganisierte beschäftigt wurden. Auf einigen Plätzen werden zur Hilfe Matrosen beschäftigt, oft mit täglichem Wechsel. In den Baubetrieben konnten die Reklamierten mit wenigen

Ausnahmen stets für die Organisation gewonnen werden. Größer ist die Zahl der in den Werftbetrieben beschäftigten Reklamierten. Hier fehlt es uns an Einfluß. Die Anzahl der dort Beschäftigten ist nicht zu ermitteln. Im Verufe fanden ferner einige Kameraden Beschäftigung aus den Zahlstellen Gütin, Neumünster, Odesloe und Segeberg. In den drei Werftbetrieben sind 153 Mitglieder beschäftigt. Auf der Kaiserlichen Werft 69, auf der Germania-Werft 62 und auf der Howaldt-Werft 22. Im Kriegsgebiet sind 10, außerhalb des Zahlstellengebietes 10, außerhalb des Berufes 19 beschäftigt. Krank waren 8, beitragsfrei 12 Mitglieder. Von der Kaiserlichen Werft waren 49 Fragebögen eingegangen mit folgenden 5 Lohnklassen und durchschnittlichem Affordatz von 100 bis 150 pSt.

Lohnhöhe in Pfennigen	56	57	58	60	62
Beziehende	1	4	16	9	19

Von der Germania-Werft wurden 56 Fragebögen eingeleitet. Stundenlöhne wurden gezahlt von 51 bis 76 s in 20 Lohnklassen und durchschnittlichem Affordatz von 75 bis 120 pSt. Von der Howaldt-Werft gingen 18 Fragebögen ein. Die Stundenlöhne betrugen 59 bis 73 s, der Affordatz 50 bis 100 pSt. Auf die Bau- und Zimmererbetriebe verteilen sich die Mitglieder wie folgt:

Beschäftigte	1	2 bis 5	5 bis 10	12 bis 14	20	27
Betriebe	9	13	5	3	1	1

In 11 Betrieben mit 52 Mitgliedern wurde an alle Beschäftigten ein höherer als der Tariflohn gezahlt, und zwar M 1,26 bis M 1,60 pro Stunde. Insgesamt wurden folgende Lohnsätze ermittelt:

Stundenlohn in Pf.	121	124	126	130	131	132
Beziehende	109	1	4	3	18	2
Stundenlohn in Pf.	133	135	140	141	155	160
Beziehende	1	12	17	1	1	1

Der tarifliche Stundenlohn beträgt M 1,21, der durchschnittliche Stundenlohn M 1,26. Die Umfrage ergab, daß in 21 von den 32 Betrieben die neunstündige Arbeitszeit innegehalten wurde. In 4 Betrieben wurde bis zu 9½ Stunden und in 7 Betrieben mit zum Teil auswärtigen Arbeiten bis zu 10 Stunden gearbeitet und Jahrgelt mitvergütet. In Breech fanden nur 8 Mitglieder in 3 Betrieben Beschäftigung, alle andern arbeiten in Kiel und in Werftbetrieben. Ebenfalls arbeiten sämtliche Mitglieder aus Bordesholm und Voerde in den Rüstungsbetrieben. Große Hoffnungen konnten auf die Gewinnung neuer Mitglieder nicht gesetzt werden. Durch unsere Agitation ist es jedoch gelungen, 12 Mitglieder zu werben. Im zweiten Quartal des Vorjahres betrug unser niedrigster Mitgliederbestand 251, am Schlusse dieses Quartals 393. Von dem Zugang von 142 Mitgliedern sind 67 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Die Erörterung hiermit zusammenhängender Fragen gab auch Veranlassung, uns mit unserm Lohn- und Arbeitsverhältnis näher zu beschäftigen. Es kam besonders zum Ausdruck, daß nicht allein unsere Lebenshaltung gegen das Vorjahr eine wesentliche Verschlechterung erfahren hat, da sogar die rationierten Lebensmittel eine bedeutende Preissteigerung erfahren haben, sondern daß auch alle sonstigen Bedarfsgegenstände, besonders Kleidung, Fußzeug und Wäsche, so teuer geworden sind, daß diese Gegenstände für uns heute unerschwinglich sind. Der Lohn für Baubandwerker ist auch weit hinter den Löhnen zurückgeblieben, die in der Kriegsinindustrie gezahlt werden. Die Versammlung ersucht daher den Zentralvorstand auf Grund dieser Tatsache recht dringend, beim Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe vorstellig zu werden, um einen gerechten Ausgleich in der Lohnfrage herbeizuführen. Vom Kartell delegierten wurden die letzten Sitzungsberichte gegeben. Unter anderem auch ein Auszug aus dem Vortrag des Genossen Legien, den derselbe vor dem Kartell gehalten hat über die Tätigkeit der Generalkommission in der Kriegszeit. Die Versammlung erkannte die Haltung der Generalkommission an. Auch wurde der Jahresbericht des Gewerkschaftshauses gegeben. Das Kieler Gewerkschaftshaus hat in den letzten Jahren eine bedeutende finanzielle Sicherung erfahren. Die Abrechnungen weisen bedeutende Gewinne auf. Um eine unerlässliche Erweiterung durchführen zu können, wurde ein nebenan belegenes, 1212 qm großes Grundstück zum Preise von M 133 000 käuflich erworben. Eine Belastung der Gewerkschaften erfolgt durch den Ankauf nicht, da die Zahlungen aus dem Geschäftsbetrieb geleistet werden. Von der Versammlung wurden Einwendungen dagegen nicht erhoben.

Worms. Am 23. Juni tagte unsere Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: Lohnfrage und Verschiedenes. Zunächst wurden die am Orte bestehenden Lohnverhältnisse besprochen. Alle Redner waren der Ansicht, daß unser Lohn mit der bestehenden Teuerung nicht mehr in Einklang zu bringen sei und deshalb an den Arbeitgeberbund herantreten werden müsse, um einen Ausgleich zu schaffen. Nachstehender Beschluß wurde einstimmig angenommen: „Die am 23. Juni tagende Versammlung der Zahlstelle Worms beschließt sich mit der bestehenden Teuerung und stellt fest, daß der Lohn mit der Teuerung nicht mehr in Einklang zu bringen ist. Deshalb fordern die Kameraden den Zentralvorstand auf, dahin zu wirken, daß auf schnellstem Wege an die Arbeitgeber herantreten wird, um den Lohn der Teuerung anzupassen.“ Ein trauriges Kapitel in unserer Zahlstelle sind die Lohnverhältnisse bei der Firma Cornelius Hehl, ein Betrieb, der sich immer brüht, die soziale Lage seiner Arbeiter sei die bestgeregelte. Er mag, an seine Wandwerker den Hungerlohn von Tage und schreibe 54 s, dazu 15 pSt., macht 62 s auszuzahlen, wo in den Zimmerbetrieben M 1, in den Betonbetrieben bis zu M 1,10 gezahlt wird. Wahrscheinlich, es ist die höchste Zeit, daß sich die dort beschäftigten Zimmerer auf sich selbst besinnen und erkennen, daß nur eine festgefügte Organisation ihre wirtschaftliche Lage bessern kann. Die hiesige Zahlstelle hat es nie an Eifer fehlen lassen, die dort Beschäftigten zu organisieren, aber immer predigte sie tauben Ohren. Jetzt werden die dort beschäftigten Zimmerer einsehen, daß nur der Zentralverband der Zimmerer derjenige Faktor ist, der

ihre wirtschaftlichen Interessen am besten wahr. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten besprochen, wurde aufgefördert, in der Agitation kräftig mitzuwirken und nicht zu erlahmen. Dann erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Sterbetafel.

Eisenach. Am 3. Juli starb unser Kamerad und Vorsitzender Karl Hill im Alter von 35 Jahren an Lungenleiden.

Baugewerbliches.

Offene Stellen für Zimmerer. Dem „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ vom 4. Juli entnehmen wir, daß durch die Arbeitsnachweise folgender Orte Zimmerer gesucht werden: Ostpreußen: Gerdauen 5, Gumbinnen 10, Loh 5, Marggrabowa 4; Westpreußen: Briesen 4, Danzig 5, Schwes 8; Pommern: Labes 2, Stettin 25; Posen: Posen 2, Samter 5, Wejchen 3; Schlesien: Leobschütz 2; Brandenburg: Cüstrin 2, Frankfurt 2, Landsberg 2; Provinz Sachsen, Anhalt: Eisleben 3, Halle 50; Königreich Sachsen: Borna 20, Dresden 23, Freiburg 8, Großenhain 3; Thüringen: Altenburg 5, Apolda 10, Gera 5, Gotha 5, Jena 10, Schmöln 1, Weimar 2, Zeulenroda 2; Hannover, Oldenburg, Braunschweig: Leer 30, Norden 40, Hannover 4, Rinden 3, Celle 7, Harburg 50, Lüneburg 2, Gildesheim 3, Wolfenbüttel 2, Brate 2, Nürtingen 38; Bremen: Bremen 11, Bremerhaven 40; Schleswig-Holstein: Gütin 5, Flensburg 5, Kiel 46, Lübeck 8, Segeberg 10, Hamburg 33; Hessen-Nassau, Hessen: Bensheim 3, Cassel 20, Gießen 3, Höchst 6, Mainz 5; Westfalen: Bochum 10, Dortmund 26, Hamm 8, Paderborn 10, Rheinland: Elberfeld 3, Essen 9; Bayern: Ludwigshafen 50, München 10, Nürnberg 10, Würzburg 3; Württemberg: Alen 2, Friedrichshafen 40, Ulm 10; Baden: Freiburg 10, Mannheim 20, Oberkirch 4, St. Blasien 1; Elsaß-Lothringen: Colmar 25, Metz 10, Rappoltsweiler 165, Straßburg 20, Zabern 10. Insgesamt werden in 76 Orten 1065 Zimmerer gesucht.

Der baugewerbliche Arbeitsmarkt im Mai 1918

wird im „Reichsarbeitsblatt“ wie folgt beschrieben: Die Berichte der Verbände lauten für das Baugewerbe zumeist befriedigend; vereinzelt war den Verhältnissen entsprechend gut zu tun, nur in Leipzig und Umgebung scheint sich die Lage noch nicht gebessert zu haben. Es herrscht Mangel an Zimmerern. In einzelnen Betrieben mußte mit Ueberstunden gearbeitet werden.

Aus dem Bericht der Zeitschrift „Baumaterialien-Markt“, Leipzig, ist folgendes zu entnehmen:

Trotz der Schwierigkeiten, die sich der Ausführung von Bauten durch den Mangel an Baustoffen und Bauarbeitern entgegenstellen, ist die Bautätigkeit in verschiedenen Gegenden des Reiches noch lebhaft, sie wird zum Beispiel in Schlesien als sehr rege bezeichnet. Wie verschiedene Kriegsanstalten mitteilen, werden künftig Anträge auf Fertigstellung von feinerzeit durch die Baueinstellungsberufung der Generalkommandos unfertig zur Einstellung gekommene Bauten genehmigt werden, sofern die Notwendigkeit der Fertigstellung durch die zuständige Stelle befürwortet wird und wenn die in Frage kommenden Bauten entweder die vorhandene oder die zu erwartende Wohnungsnot zu mildern geeignet sind oder wenn ihr baulicher Zustand bei noch längerem unbefriedigtem Stehenlassen dauernde große Schädigungen für das Gebäude bringen würde. Durch das Preussische sogenannte Bürgschaftsicherungsgezet vom 10. April 1918 wird der Finanzminister ermächtigt, zwecks Förderung der Herstellung gefunder Kleinwohnungen die Bürgschaft für zweite Hypotheken namens des Staates zu übernehmen. — Im übrigen steht der Kleinwohnungsbau infolge der hohen Baukosten. Nur in einigen Bezirken gelangen Kleinwohnungsbauten zur Ausführung, zum Beispiel im hannoverschen Gebiet, unter anderem in Umden. — Am 8. Mai wurde in München der „Landesverein bayerischer Baustoffverbraucher“ gegründet. Er bezweckt, im Bereiche des Königreiches Bayern allgemein die bürgerliche Bautätigkeit durch die Zusammenfassung der Interessen aller Baustoffverbraucher wieder zu beleben, insbesondere soweit diese Zusammenfassung durch die Verbilligung der Baustoffe zur baldmöglichen Einrichtung von Kleinwohnungen mit erschweringlichen Werten führt. Aus den meisten Gegenden des Reiches wird berichtet, daß die Ausführung von Reparaturarbeiten zugenommen hat.

Die beabsichtigte Erhöhung der Mauersteinerzeugung begegnet infolge der beschränkten Rohlenzuweisung und des Mangels an Arbeitskräften erheblichen Schwierigkeiten. Auch die Leistungsfähigkeit der Dachziegelindustrie ist sehr herabgemindert. Der Bedarf an Dachziegeln kann im allgemeinen nicht befriedigt werden. Aus Österreich-Ungarn und dem neuen Ostland besteht lebhaft Nachfrage nach Dachziegeln, ebenso aus den Nordstaaten, außer für Dachziegel auch für andere Baustoffe.

Nach dem Berichte der „Lohnindustrie-Zeitung“, Berlin, für den Monat Mai war die Bautätigkeit unbedeutend. Abgesehen von den dringenden Ausbesserungen, beschränkte sie sich im wesentlichen auf kriegswirtschaftliche Um- und Erweiterungsarbeiten. Öffentliche Bauten wurden zurückgestellt. Zur Behebung des Mangels an Kleinwohnungen treffen Kreise und Gemeinden durchgreifende Maßnahmen. 178 Betriebskrankenkassen des Baugewerbes hatten am 1. Juni 48 708 männliche und 7444 weibliche Mitglieder abzüglich der arbeitsunfähig Kranken. Im Vergleich mit dem Anfang des Vormonats ist eine Zunahme von 24 vom Hundert bei den männlichen und um 5,6 vom Hundert bei den weiblichen Beschäftigten eingetreten.

Bei 72 Innungskrankenkassen der Bauberufe mit 20 918 männlichen und 1739 weiblichen versicherungspflichtigen Mitgliedern abzüglich der arbeitsunfähig Kranken am 1. dieses Monats war dem Anfang des Vormonats gegenüber die männliche Beschäftigung um 2,9 vom Hundert und die weibliche um 2,8 vom Hundert höher.

Bekanntmachungen

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse in Hamburg).

Bureau: Hamburg 22, Hamburger Straße 181, 2. St. Postcheckkonto: 6642, Hamburg 11.

Vom 1. Juni bis 3. Juli 1918 erhielt die Hauptkasse aus den örtlichen Verwaltungen: Altenburg M 300, Altona 100, Bamberg 46,94, Beed 35, Berlin II 600, Berlin VII 400, Breithardt 70, Breslau 150, Brühl 60, Bruch 30, Charlottenburg 500, Cöln 230, Darmstadt 100, Dödenhuden 250, Eisenberg 30,56, Duisburg 150, Flensburg 240, Fürstenwalde 100, Götzenritte 20, Gagenow 50, Halle 200, Hamburg IV 120, Hannover 100, Helmstedt 50, Hermsdorf 100, Hirschberg 150, Hohenau 70, Kaiserslautern 50, Kiel-Gaarden 163,14, Kienitz 72,74, Lübeck 100, Magdeburg 150, Mainz 58, Mariendorf 150, Meissen 100, Meß 55,92, Meuselwitz 14,62, Mülln 90, Naumburg 77,62, Neuanpach 43,54, Neufölln 600, Nienburg 40, Pinneberg 150, Posen 100, Schönebeck 150, Schöneberg 600, Schwerin 100, Spandau 200, Steglitz 100, Stettin 300, Stralsund 60, Tegel 100, Thorn 60, Uslag 14,56, Warin 60, Wedel 72,85, Weimar 150, Weinböhla 40, Weizensee 200, Wilddorf 50. Summa M 8525,49.

Zusatz erhielten vom 1. Juni bis 3. Juli die örtlichen Verwaltungen: Altdingen M 100, Altona 125, Bremen 150, Bülach 90, Celle 250, Gelsenkirchen 15, Gotha 300, Gr.-Schadewitz II 200, Güstrow 100, Hamburg IV 19, Heidingsfeld 50, Homberg 100, Kitz 20, Karlsruhe 250, Kiel 100, Krosingen 100, Lehnitz 100, Ludwigshafen 80, Mainz 220, Marburg 50, Marzöbel 150, Meieritz 200, Offenbach 30, Olschütz 150, Potsdam 200, Radeburg 20, Rostock 200, Sand 45, Schönerlinde 50, Stargard 200, Stralsund 170, Torgelow 60, Wehrden 45, Wiesbaden 100, Würzburg 220, Zittau 50. Summa M 4309.

Am 2. August tagt die Generalversammlung der Kasse zu Halle a. d. S. Um vorher noch eine Uebersicht über den Kassenabfluß vom zweiten Quartal zu erhalten, werden die Kassierer gebeten, die noch fehlenden Abrechnungen umgehend einfinden zu wollen.

Als Abgeordnete sind gewählt:

1. Wahlabt.: R. Finsel, Elbing,
2. " R. Müller, Stettin,
3. " R. Schröder, Berlin,
3. " G. Knipfer, "
4. " G. Kube, "
5. " G. Müß, Schöneberg,
6. " A. Pidenhagen, Nichtenberg,
7. " W. Borchert, Neureuppin,
8. " R. Döbler, Schönebeck,
9. " C. Raß, Kiel,
10. " B. Büniger, Groß-Woltern,
11. " S. Jaur, Hamburg,
12. " S. Preuß, Braunschweig,
13. " F. Mangels, Bochum,
14. " F. Feindl, München,
15. " W. Mandel, Mannheim,
16. " F. Kose, Leipzig,
17. " S. Barth, Dresden,
18. " F. Kallmer, Reichensachsen,
18. " M. Gessenauer, Stuttgart.

Der Vorstand.

Abrechnung

Agitations- und Unterstützungs-Fonds der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse in Hamburg)

vom 1. April bis 30. Juni 1918.

Einnahme. Rassenbestand am 1. April 1918 M 2358,37, Altenburg 2,80, Augsburg 1, Arnstadt —,50, Berlin 4,20, Bochum 2,90, Böttingen —,10, Bornstedt 1,60, Bremen —,40, Cammer —,50, Celle 2,50, Chemnitz —,80, Deuben —,20, Deutsch-Bissa —,20, Dödenhuden —,80, Dresden II —,90, Eisenach 2, Elbing 1,80, Erfurt 1, Essen 1,50, Flensburg 1,50, Freiburg 4, Freyhan —,60, Fürstenwalde —,75, Gütin 1, Gelsenkirchen —,20, Götitz 2, Groß-Flottbek —,50, Großschadewitz I —,20, Großschadewitz II —,40, Güstrow 1, Gagenow —,40, Hamburg —,20, Hamburg I 3,60, Hamburg II 6,50, Hamburg III 1,10, Hamburg IV —,70, Hameln —,20, Heilbronn 1,80, Hildesheim —,80, Hirschberg 2,20, Kellinghufen —,30, Kiel —,40, Königsberg —,60, Lauenburg —,90, Lehnitz —,40, Leipzig 4, Lohschütz —,60, Mariendorf —,50, Marzöbel —,40, Meissen —,60, Memel 1,80, Mühlhausen 1, Neufölln 2,70, Nordenham 1,70, Posen 1,40, Oslau —,70, Pirmafen —,90, Pirna —,40, Posen —,40, Potsdam —,80, Regentalde —,40, Reichensachsen —,90, Rostock —,50, Rührodt —,20, Schönebeck 1,10, Schöneberg 1,50, Schwedt —,40, Schwerin 2, Semd 1, Stahfurt —,30, Steinbeck —,60, Stollberg 1, Stuttgart 1,05, Sulingen —,40, Verden —,20, Wedel 1,30, Wehrden 1,20, Weinböhla —,20, Weizensee —,20, Wilhelmshafen —,80, Wilsdruff —,40, Wittenburg —,75, Zittau —,80; ohne Abrechnung eingegangen: Erefeld —,50, Einzelzahler 5, Eisenberg —,20, Großhartau —,30, Heidingsfeld —,50. Summa M 2456,22.

Ausgabe.

Kietzel-Dresden II M 25, Koch-Schönebeck 12, Denigk-Neufölln 25, Hamburg (Agitation) 10, Frau Pagel-Hamburg II 20, Porto laut Buch —,75, Rassenbestand am 1. Juli 1918 M 2363,47. Summa M 2456,22.

Revidiert und für richtig befunden durch A. Groth.

Versammlungsanzeiger.

Dienstag, den 16. Juli:

Friedrichshagen: Bei Witwe Lerche, „Bürgerfäde“.